



DIE AUTORIN

Gertrud Schrüfer,
geboren am 16. 4. 1959 in Pottenstein,
Kreis Bayreuth. 1978 Abitur in Bayreuth.
Von 1979 bis 1985 Studium
der Wirtschafts- und Sozialpädagogik
an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Aus dem Vorwort:

„Für die weitere Forschung bietet die Untersuchung eine Fülle bedeutsamer Hinweise. Ihr hauptsächlichster Vorzug muß jedoch in der Neutralität des Standpunktes gesehen werden. Die Verfasserin nimmt selbst nicht Stellung, sondern bemüht sich, allein die Tatsachen sprechen zu lassen.“

Prof. Dr. Franz Ronneberger

ISBN 3-89078-001-6

Gertrud
SCHRÜFER

DIE GRÜNEN

im
Deutschen Bundestag

Anspruch und Wirklichkeit

Herausgeber: Siegfried Balleis

Vorwort des Herausgebers

"Die grüne Partei und Bewegung hat es geschafft, durch ein Übermaß an Mißtrauen und Kontrolle kreuz und quer durch alle Parteebenen den grünen Anspruch auf mehr Solidarität, Menschlichkeit, Toleranz, Mitgefühl füreinander aus der der grünen Wirklichkeit zu verdrängen."

Wer so über die grüne Bewegung urteilt, ist niemand anderes als die bekannteste und prominenteste Vertreterin der Grünen Petra Kelly. Im Rahmen eines Rechenschaftsberichts gestand Petra Kelly im April 1984 weiter ein: "Viele von uns in der seelenlosen Bonner Bürogemeinschaft sind müde, zermürbt und ungeduldig geworden. Viele von uns sind durch die ständigen Anfeindungen aus den eigenen Reihen, durch Zynismus, Schadenfreude und Kälte auf dem Weg, ängstlich und verunsicherte Menschen zu werden." Auf die internen Auseinandersetzungen weiter eingehend meinte die grüne Vertreterin weiter: "Ich bin wirklich enttäuscht, wie weit wir mit unseren internen Streitereien gekommen sind. Wir schieben die wirklich wichtigen politischen Fragen oft unerledigt vor uns her. Alles Nebensächliche wird dagegen mit ungeheurem Zeitaufwand breitgetreten. Für die Überlebensfragen, wegen derer uns über 2 Millionen Wähler ins Parlament geschickt haben, bleibt deshalb kaum Zeit. Und dann verkehren wir ja so furchtbar häufig schriftlich miteinander. Dieses furchtbare Papier, das wir austauschen, macht mich fertig." Geradezu frustriert ist Kelly schließlich über die Arbeitseffizienz in den grünen Reihen: "Sie theoretisieren, quatschen alles tot, denken nur an sich selber und tun wenig. Man muß vieles tun und wenig reden."

Man muß sich wirklich fragen, wie die inneren Strukturen der Grünen tatsächlich aussehen, daß ein so offenes Bekenntnis über die eigene Gruppierung in die Öffentlichkeit getragen wird.

Unweigerlich fragt man sich, wo der Grundsatz der Grünen geblieben ist, den Frau Beck-Oberdorf im Bundestag verkündete: "Tragende Elemente unserer Politik sind Gewaltfreiheit, ... Toleranz und Sanftheit."

Umwelt - nur noch ein Randthema?

Versucht man die inhaltliche Politik der Grünen näher unter die Lupe zu nehmen und analysiert, inwieweit ihr Hauptthema, mit dem sie ursprünglich angetreten sind, bearbeitet wird, so muß man feststellen, daß die Grünen offensichtlich mit Umweltpolitik nichts mehr im Sinne haben. Ein Indiz dafür stellt der Bundeskongreß der Grünen in Hamburg im Dezember 1984 dar. Von den über 60 Anträgen, die dem Parteitag vorlagen, bezogen sich gerade vier auf den Themenbereich Umweltschutz. Aber selbst diese vier Anträge zur Umweltpolitik waren alles andere als richtungsweisend und liefen zum Teil offene Türen ein. So forderte der Kreisverband Lichtenau beispielsweise im Antrag "H5", daß der Bundesvorstand der Grünen praktische Tips zum Umweltschutz in Form einer Broschüre herausgeben sollte. Mit einer derartigen Forderung hinken die Grünen jedoch weit hinter der tatsächlichen umweltpolitischen Realität in der Bundesrepublik Deutschland hinterher. Denn die Herausgabe derartiger Schriften ist bereits seit Jahren gängige Praxis der jeweiligen Landesregierungen bzw. kommunaler Körperschaften. Ähnliches gilt auch für den Antrag "J3" des Kreisverbands Plön, in dem die Bundestagsfraktion der Grünen aufgefordert wird, einen Gesetzesentwurf zur Regelung der Beseitigung von Abfall ausarbeiten zu lassen. Auch hier liegen schon lange Gesetzesinitiativen beispielsweise des Bundesrates vor. Unterzieht man somit den Anspruch, den die Grünen im Bereich des Umweltschutzes für sich reklamieren, mit ihren tatsächlichen umweltpolitischen Initiativen, so kann nur festgestellt werden, daß sie offensichtlich den Umweltschutzgedanken zurückgestellt haben und ihn nur als Vehikel zur Gewinnung von Sympathie und Unterstützung bei jungen Wählern ansehen.

Grüne Finanzen

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach dem "Marktpreis" grüner Prinzipien. Dieser Preis dürfte im Frühjahr 1985 bei ca. 7 Millionen Mark liegen. Dies ist nämlich genau jener Betrag, den die Grünen als Fraktionszuschüsse aus den Mitteln der öffentlichen Hand bekommen. Nachdem General Bastian aus der Fraktion der Grünen austrat, darf keiner mehr aus der Fraktion ausscheren, da dies sonst das finanzielle k.o. für die Grünen bedeuten würde. Die Grünen hätten aufgrund der geringen Anzahl keinen Fraktionsstatus mehr. Dies bedeutet gleichzeitig aber auch, daß sich einige Mitglieder wie beispielsweise Petra Kelly aufgrund dieser finanziellen Notsituation das Recht herausnehmen dürfen, gegen ein zentrales Prinzip der Grünen zu verstoßen, nämlich gegen das Prinzip der Rotation. Es wird interessant sein zu beobachten, wie weit noch andere grüne Prinzipien durchbrochen werden, nur um die finanziellen Zuwendungen seitens des Bundes nicht zu verlieren.

Daß die Grünen - entgegen zahlreicher anderer Bekundungen - durchaus ein sehr inniges Verhältnis zu Geld haben, beweist nicht nur die oben genannte Tatsache, sondern auch die Art und Weise, wie Geld eingesetzt wird, um Politik zu beeinflussen. So haben beispielsweise die deutschen Grünen den in Zahlungsschwierigkeiten geratenen französischen "Verts" im Vorfeld des Wahlkampfes zur Direktwahl des Europäischen Parlaments 150.000 DM zugesagt, unter der Voraussetzung, daß die französischen Grünen zusammen mit den deutschen und radikalen holländischen Grünen eine Listenverbindung eingehen. Die deutschen Grünen scherten sich auch nicht darum, daß sich beispielsweise Belgiens Grüne über diesen Meinungskauf empörten und von einer "imperialistischen Geldkofferpolitik" der deutschen Grünen sprachen.

Diese wenigen Beispiele zeigen auf dramatische Weise, daß die Grünen mittlerweile längst ihre "politische Jungfräulichkeit" verloren haben und mit den gleichen harten Maßstäben gemessen werden müssen, wie sie selbst die sogenannten etablierten Parteien beurteilen. Im folgenden soll deshalb kurz angeschnitten

werden, was die Grünen tatsächlich anstreben, durch welche Personen sie repräsentiert werden, worauf ihre Verkaufserfolge zurückzuführen sind und welche Anforderungen an ihre Wählbarkeit in Zukunft gestellt werden müssen.

Morgenthau als Programm

Vergegenwärtigt man sich, was die Grünen inhaltlich anstreben, so wird man sehr stark an den Morgenthau-Plan erinnert, der im August 1944 vom amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau formuliert worden war und der eine totale Umgestaltung Deutschlands zu einem Agrarstaat vorsah. Darin wurde unter anderem gefordert:

"1. Entmilitarisierung Deutschlands. Es sollte das Ziel der Alliierten sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzest möglicher Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet: vollständige Entwaffnung der Wehrmacht und des deutschen Volkes (einschließlich des Abtransportes oder der Zerstörung allen Kriegsmaterials), totale Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie und Abtransport oder Zerstörung der anderen Schlüsselindustrien, welche für die Wehrkraft grundlegend sind....

4. Das Ruhrgebiet (die Ruhr mit dem gesamten Industriegebiet einschließlich des Rheinlandes, des Kieler Kanals und aller deutschen Gebiete nördlich davon). Hier liegt das Herz der deutschen industriellen Macht. Dieses Gebiet sollte nicht nur von allen dort augenblicklich bestehenden Industrien entblößt, sondern so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann. Folgende Schritte würden das vollenden:

a) Innerhalb kürzester Frist, wenn möglich nicht länger als 6 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, sollen alle Industrieanlagen und -ausrüstungen nicht durch eine militärische Aktion zerstört, sondern vollständig demontiert und als Restitution für die Alliierten abtransportiert werden.

Alle Kohlengrubenausrüstungen sollten entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden.

b) Das Gebiet sollte internationalisiert und durch eine internationale Sicherheitsbehörde, die durch die Vereinten Nationen zu errichten wäre, verwaltet werden. Die internationale Behörde sollte sich bei Verwaltung des Gebietes durch Richtsätze leiten lassen, die geeignet sind, die oben genannten Ziele zu erreichen."

Dieser Morgenthau-Plan ging Gott sei Dank an Deutschland vorüber. Doch die Grünen besitzen derzeit politische Ziele, die im Ergebnis auf diesen Plan hinauslaufen. Was angestrebt wird, ist eine Verabschiedung der Bundesrepublik Deutschland aus dem Kreis der Industrienationen und die Schaffung eines "grünen Deutschland", das ohne große Anstrengung in den Machtbereich der Sowjetunion einverleibt werden könnte. Die Abgeordnete Beck-Oberdorf hat am 8. September 1983 im Deutschen Bundestag dieses Ziel wie folgt umschrieben: "Politische Gestaltung heißt Zukunftsaufgaben wahrnehmen, von denen hier immer gesprochen wird. Ein Teil dieser Zukunftsaufgaben wäre eine grundlegende Änderung dieses Industriesystems, eine Reorganisation bis hin zu einer solidarisch abgefederten und gesellschaftlich getragenen Schrumpfung von Industrieanlagen, die der heutigen Zeit nicht mehr angemessen sind." Da offenkundig ist, daß eine derartige Einschränkung nicht mit dem Willen des deutschen Volkes zu erreichen wäre, planen die Grünen eine systematische politische Systemveränderung.

Revolution vs.. Evolution

Während den Fundamentaloppositionellen um den DDR-Flüchtling Rudolf Bahro und das Mitglied der kommunistischen Gruppe "Z" Rainer Trampert ein Weg über den "Volksaufstand" also über die Revolution vorschwebt, wollen die sogenannten "Realpolitiker" um die Herren Schily, Fischer und Kerschgens das System durch einen "Marsch durch die Institutionen" verändern. Und Rainer Trampert hat auf der Hamburger Bundesversammlung unmißverständlich klar

gestellt: "Das heutige System basiert auf dem Zwang zur Kapitalanhäufung, zum Wachstum, und deshalb wird es die Naturzerstörung nicht grundlegend überwinden können. Wir wollen die gesamten Strukturen der Wirtschaft verändern." Auch Rudolf Bahro hat aus seiner Strategie bei der gleichen Bundesversammlung kein Hehl gemacht: "Ich habe die Vision von einem gleichsam militanten wie gewaltfreien Volksaufstand."

Was die Grünen also tatsächlich planen, darüber braucht nicht spekuliert zu werden, sondern man muß sich nur die Mühe machen, ihren Reden zuzuhören. Beispielhaft soll hier nur noch Joschka Fischer zitiert werden, der bereits 1982 also vor seinem Einzug in den Bundestag feststellte: "Die Grünen übernahmen mit der Erbschaft der neuen Linken nicht nur eine Vielzahl von Personen, sondern auch das theoretische und ideologische Erbe dieses linken Radikalismus. All die alten, wohlvertrauten Figuren, Ideen und Begriffe ... leben hier wieder auf. An die Stelle des zentralen strategischen Begriffs der ökonomischen Krise trat die technische Katastrophe, die Rätedemokratie wurde durch die Basisdemokratie ersetzt, die Eigentumsfrage zur Überlebensfrage usw.". Mit anderen Worten bedeutet dies, daß die Grünen die Inhalte der neuen Linken übernommen haben, daß sie nur die Etiketten vertauschten und daß der alte Wein in neuen Schläuchen verkauft wird, getarnt mit dem Emblem "Umwelt".

Wie die Grünen ihren Aufstieg vollziehen, wird von einem prominenten Vertreter der Grünen so gesehen:

"Formell gesehen steigen die Grünen nach einem ähnlichen Muster auf wie die Nazi-Partei". Dieser Satz, der den Eindruck vermittelt, als wäre er von einem grimmigen Gegner der Grünen formuliert worden, stammt tatsächlich von Rudolf Bahro, einem der profiliertesten Theoretiker der Grünen, im Rahmen seines Grundsatzreferats bei der 7. Bundesversammlung der Grünen in Hamburg im Dezember 1984. Wenngleich es im Anschluß an diese Äußerung zu zahlreichen grünen Distanzierungsversuchen zu Bahros Position gekommen ist, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß große Teile der Hamburger Bundesversammlung Bahro zujubelten.

Linke Kontinuität

Nichts kann jedoch die Zusammenhänge der neuen Linken klarer dokumentieren, als die Personen, durch die die Grünen heute im wesentlichen repräsentiert werden. Um den Hintergrund zu erhellen, soll auch hier wieder auf einen Vertreter der Grünen zurückgegriffen werden, der die Verhältnisse am besten kennen muß, nämlich auf den Ex-General Gerd Bastian, der zu Beginn des Jahres 1984 erklärt: "Die beginnende politische Fehlentwicklung innerhalb der Grünen zeigt sich insbesondere im überraschenden Erfolg der aus dem kommunistischen Bund entstandenen ehemaligen "Z-Fraktion" bei der Besetzung von Schlüsselpositionen mit teils altbewährten teils neugewonnenen Gesinnungsfreunden in den Parteigremien sowie beim Überstimmen der unkoordinierten Mehrheit der "Andersdenkenden" in der Fraktion und in den regionalen Verbänden mittels einer geschickt und diszipliniert gehandhabten Kaderteknik".

Die Gruppe "Z", die mit Rainer Trampert einen der Sprecher der Grünen stellt, ist faktisch das politisch-organisatorische Rückgrat der Hamburger Grünen. Diese Gruppe ist eine Abspaltung vom kommunistischen Bund, der vor allem in Norddeutschland über einen gewissen Einfluß verfügt und der eindeutig marxistisch-leninistische Positionen vertritt. Zu Beginn des Jahres 1982 stellte die Gruppe "Z" im Landesverband Hamburg der Grünen 6 von 8 Vorstandsmitgliedern und ihr damaliger Fraktionssprecher Thomas Ebermann erklärte: "Wir vertreten auch weiterhin das Prinzip der besonderen Organisation der Marxisten." Im März 1983 wurden noch andere Angehörige der Gruppe "Z" in den Bundestag gewählt; dazu zählt beispielsweise der Journalist Jürgen Reents bzw. Dr. Sabine Bard, die über eine reiche KPD-Erfahrung verfügt.

Fraktion der Vorbestraften

Eine besonders pikante Note stellt jedoch der Bezug der Europaabgeordneten der Grünen zur Kriminalität dar. So wurde beispielsweise auf Platz 2 der Europaliste der Grünen eine Redakteurin der

linksalternativen "Tageszeitung" gewählt, die erst eine Woche vor ihrer Wahl aus dem offenen Strafvollzug entlassen worden war. Auf Platz 5 der Liste wurde der ehemalige hessische Landtagsabgeordnete Schwalba-Hoth gesetzt, der noch ein Jahr zuvor durch sein ekelerregendes Blutattentat auf einen amerikanischen General von sich Reden gemacht hatte. Platz 3 und 6 belegten die Journalisten Benny Härlin und Michael Klöckner, die wegen des Tatbestands der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ebenfalls erst wenige Tage vor ihrer Nominierung zu je 2 1/2 Jahren Haft verurteilt worden waren.

Gegen Brigitte Heinrich auf Listenplatz 2 waren bereits vor ihrer rechtskräftigen Verurteilung im Jahr 1980 mehrfache strafrechtliche Ermittlungsverfahren gelaufen. 1980 wurde sie in Karlsruhe wegen eines Vergehens gegen das Kriegswaffenkontroll- und Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe von 21 Monaten ohne Bewährung verurteilt, nachdem sie "explosive Waffen" für eine RAF Nachfolgeorganisation "Bewegung 4. Januar" illegal in die Bundesrepublik eingeführt hatte. Die Linksextremistin Frau Heinrich war jedoch schon früher im Umfeld der anarcho-terroristischen Frankfurter Szene aufgefallen und war als Pressereferentin beim Bundesvorstand des sozialistischen deutschen Studentenbundes (SDS) tätig. Benedikt Härlin und Michael Klöckner wurden gar wegen ihrer Verurteilung zu je 2 1/2 Jahren Freiheitsstrafe auf die sicheren Listenplätze für das Europäische Parlament gesetzt, um durch die parlamentarische Immunität einen Haftantritt zu umgehen. Härlin selbst kommentierte die Postenzuschiebung aufgrund grünalternativer Versorgungspolitik mit der Bemerkung, es sei besser, sich in Straßburg zu langweilen als in Berlin-Tegel im Knast zu sitzen. Schließlich ist auch noch die 4. von 7 Grünen Abgeordneten des Europäischen Parlaments vorbestraft, nämlich Undine Uta von Blottwitz. Sie wurde 1980 rechtskräftig verurteilt. Es muß mehr als nur verwundern, wie die Grünen mit diesem illustren Angebot an "fähigen Köpfen und Kandidaten" bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament 8,2% der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Zeltlagerromantik als Werbestrategie

Wer bei einem derartigen Kandidatenangebot solche großen Erfolge hat, muß entweder über eine "hervorragende Verkaufsstrategie" oder aber über "hervorragende Inhalte" verfügen.

In einem ersten Schritt soll nicht den grünen Inhalten sondern den Mechanismen bei der Vermittlung grüner Inhalte und Ziele das besondere Augenmerk gelten. Gösta Thiemer hat in einem kürzlich erschienenen Aufsatz darauf hingewiesen, daß bei der Vermittlung von Wissen häufig Erscheinungsformen auftreten, die deutliche Merkmale von religiösen Gemeinden und Sekten oder esoterischen Zirkeln aufweisen. (Thiemer, Gösta: Die Befreiung von der Apokalypse. Anmerkungen zur grünen Heilslehre, in: Berschin, Helmut u.a.: DIE GRÜNEN - Partei wider Willen, hrsg. v. der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1984. S.103-117). Für das Erleben der Gruppenmitglieder scheint es wichtig zu sein, daß die Wissensinhalte mit quasi religiösen bzw. doch zumindest sakralen Bedeutungen angereichert werden. Ohne Zweifel können wir bei den Grünen derartige quasi-religiöse Formen feststellen; durch die Medien werden uns diese Merkmale ständig vor Augen geführt. Die Grünen haben spezifische Ausdrucksformen entwickelt, um das gemeinsame politische Bewußtsein zu stärken und sich von der Richtigkeit des eigenen politischen Wissens zu überzeugen. Gemeinsame Rituale stärken das Gemeinschaftsgefühl. Diese Formen bestehen beispielsweise im Kerzenanzünden und Fasten, im Händeanfassen und Schweigen.

Daß weiterhin durch "Zeltlagerromantik" eine soziale Identität bzw. Homogenität gebildet wird, haben bereits andere Bewegungen vor den Grünen für sich nutzbar gemacht. Keiner hat jedoch bisher so konsequent und erfolgreich den politischen Trick der Ausnutzung von Angst und Besorgnis in politisch klingende Münze umzusetzen vermocht wie die Grünen. Sie prophezeihen durch ihre Politik eine Befreiung von einer schicksalhaften Not und verheissen einen Ausweg aus dem angeblich verderblichen Untergang. Für die Grünen geht es schlicht und einfach nur noch um das nackte Überleben, um den Fortbestand der Menschheit schlechthin.

Gösta Thiemer hat dies formelhaft auf den Nenner gebracht: "Die Botschaft, die uns die Grünen vermitteln, lautet: Wir sind verloren - allerdings noch nicht ganz, wir können auch grün wählen, und dann werden wir errettet."

Sprachbeherrschung und Sprachaggressivität

Den Grünen ist es offensichtlich gelungen, aus dem menschlichen Grundbedürfnis nach Überwindung schicksalhafter Ohnmacht gegenüber Krieg, Zerstörung der Umwelt und Tod eine politische Heilslehre zu formulieren. In all dem Chaos und Untergang, den sie an die Wand malen, verheißen sie Heil und Glück, wenn man nur ihrer politischen Botschaft Glauben schenkt. Den Grünen kommt dabei noch zu Hilfe, daß sie mit sehr gelungenen Sprachbildungen operieren, die es ihnen geradezu erlauben, "die Hölle an die Wand zu malen". Beispielsweise vermögen sie mit Wortschöpfungen wie "atomarer Holocaust", "Euroshima" oder "Schlachtfeld Europa" eine irrealer Welt zu zeichnen, die bei ihren Adressaten immer realere Züge anzunehmen scheint. Gleichzeitig bedienen sie sich jedoch gegenüber dem politischen Gegner einer grobschlächtigen Sprache, die alles was an rauhem Umgangston beispielsweise bisher im Bundestag üblich war, bei weitem in den Schatten stellt. So formulierte Joschka Fischer am 5. Oktober 1984: "Wenn man allerdings Herrn Zimmermann gegen die Ausländer wettern hört, so muß man feststellen, daß sich zumindest der Bundesinnenminister als braun schimmernder Nachlaßverwalter der nationalsozialistischen Ausländer-Polizeiverordnung recht gut macht."

Am 8. September 1983 formulierte der gleiche Abgeordnete: "Herr Zimmermann, ich finde ihr Verhalten diesen Menschen gegenüber politisch verhängnisvoll und in einem sehr persönlichen Sinne moralisch verkommen." Und am 5. Mai 1983 denunzierte Fischer den parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium Spranger: "Herr Spranger muß sich vorwerfen lassen - das sollte man auch so sagen -, daß es bei ihm wohl mehr als eine nur geistige Nähe zu nationalsozialistischen Verbrechen gibt. - Es tut mir leid, dies sind Zuteilungskriterien für jene "perversen Minder-

heiten" für "Randgruppen", "Terroristen" und "Verbrecher", es sind jene Zuteilungskriterien, die im Dritten Reich dazu geführt haben, daß Leute eingesperrt wurden." Und über die Bundesregierung urteilt Joschka Fischer in nicht zu überbietender Überheblichkeit: "Und so tagt da mittlerweile ein veritables Wachsfigurenkabinett des Dr. Kohl: Wörner und sein Sicherheitsrisiko, der Graf mit seinen versunkenen Schätzen, ein piepsender Laokoon als Postminister, von der Gruselabteilung Geißler und Zimmermann ganz zu schweigen. Hauptsache, Strauß bleibt in München."

Diese aggressive Protestsprache steht zwar in eklatantem Widerspruch zu der von den Grünen verkündeten Toleranz und Sanftmut, aber sie erfüllt gleichsam die Funktion, das Aufbegehren der grünen Wählerklientel gegenüber den Regierenden lautstark zum Ausdruck zu bringen. Ganz sicher hat die Sprachbeherrschung einen gewissen Anteil am Erfolg der Grünen, wenngleich man sehen muß, daß ein wesentlich größerer Beitrag darin besteht, daß sie es verstanden haben, angesichts der wachsenden Bürokratisierung des Staates und der Entfremdung der Bürger das emotionale Bedürfnis nach individuellen Erlebnissen und sozialer Geborgenheit zu befriedigen. Ob Demonstrationen, Camps oder Hüttendörfer, all diese Veranstaltungen tragen dazu bei, Solidarität und Geborgenheit zu erleben, sie festigen das Zusammenhörigkeitsgefühl untereinander und stärken bei vielen Anhängern der Grünen das Gefühl, wieder zu sich selbst zu finden. Ja, für viele scheint es in der Tat die Beantwortung der Sinnfrage zu sein, die Frage nach dem Sinn des Lebens. Vergleicht man diese Mechanismen des Zusammenschweißens von Gemeinschaften mit den Formen des Gruppenerlebens im Dritten Reich bzw. in der DDR, so kann man feststellen, daß auch dort Wandern, Marschieren, Campieren, Singen und Feiern einen fundamentalen Beitrag dazu leisten, Geborgenheits-, Kameradschafts- und Glücksgefühle für die politischen Ziele zu mißbrauchen.

Sind Grüne wählbar?

Wenn nunmehr geklärt ist, was letztlich der "Kitt" ist, der die Grünen zusammenhält und im wesentlichen ihren Erfolg begründet, so muß in einem zweiten Schritt gefragt werden, welches die Inhalte sind, mit denen die Grünen ihren Anspruch einlösen wollen, "eine sogenannte gewaltfreie Gesellschaft zu schaffen, in der die Unterdrückung von Menschen durch Menschen und Gewalt von Menschen gegen Menschen aufgehoben ist", wie sie dies im Bundesprogramm formuliert haben.

Als Vorüberlegung sind jedoch noch einige normative Postulate zu klären, die allgemein an die Wählbarkeit politischer Parteien gestellt werden müssen.

Als erstes Kriterium der Wählbarkeit ist zu fordern, daß eine politische Partei über ein durchschaubares politisches Gesamtkonzept verfügt. Untersucht man das Bundesprogramm der Grünen, so wird man sehr schnell feststellen, daß es weder ein klares noch ein verbindliches bzw. umfassendes politisches Programm ist. In diesem Programm fehlen komplette Politikbereiche, wie beispielsweise die Deutschland- und Außenpolitik.

Ein weiteres Kriterium der Wählbarkeit ist, daß eine politische Partei auch die Gewähr dafür bietet, daß das von ihr angekündigte politische Programm auch realisiert wird. Wegen des Grundsatzes der Basisdemokratie können die Grünen keine konsequente Verwirklichung ihres Programms garantieren, da durch irgendeine Entscheidung einer beliebig zusammengesetzten Basis diese Grundsätze verändert werden können.

Ein drittes Kriterium der Wählbarkeit politischer Parteien besteht weiterhin darin, daß sie dazu bereit ist, Regierungsverantwortung mitzutragen. Die Grünen haben in der Vergangenheit allerdings nur ihre Politikunfähigkeit unter Beweis gestellt, indem sie sich konsequent jeder Regierungsbeteiligung widersetzen, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, an der dann von

ihnen mitverantworteten Politik gemessen zu werden. Außerdem steht das imperative Mandat einer derartigen Forderung diametral entgegen, da es die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft der jeweils Verantwortung Tragenden untergräbt und den politischen Handlungsspielraum einengt.

Ein viertes Kriterium der Wählbarkeit politischer Parteien besteht weiterhin darin, daß diese die Funktionsfähigkeit, Stabilität und Kontinuität des Gemeinwesens akzeptieren und einen Beitrag zum reibungslosen Ablauf des Regierungs- und Verwaltungshandelns leisten. Die Grünen institutionalisieren jedoch in ihren eigenen Reihen das Mißtrauen und verbreiten Mißtrauen in der Parlamenten, anstatt Vertrauen zu schaffen.

Schließlich ist ein fünftes Kriterium der Wählbarkeit politischer Parteien zu nennen, das den Willen zum Rechtsfrieden und zur Rechtssicherheit sowie Verzicht auf Gewalt verlangt. Die Grünen verstoßen auch gegen diesen Grundsatz in eklatanter Weise, indem sie den sogenannten "gewaltlosen Widerstand" proklamieren und zu zivilem Ungehorsam aufrufen, was letztlich dennoch auf Gewaltanwendung hinausläuft.

Mit ihren Aufrufen zu gezielter Arbeitsverweigerung, zu politischem Streik und Steuerboykott negieren sie demokratische Mehrheitsentscheidungen und erschüttern den gesamten Rechtsstaat.

Was wollen die Grünen wirklich ?

Selbst wenn bereits die formalen Kriterien der Wählbarkeit der Grünen nicht erfüllt sind, so soll dennoch nicht darauf verzichtet werden, auch die inhaltlichen Positionen einer kritischen Untersuchung zu unterziehen. Diese inhaltlichen Positionen werden insbesondere festgemacht an konkreten Aussagen der Grünen im Deutschen Bundestag.

Wirtschaftspolitische Utopia

Im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik sind die Grünen immer wieder mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten, eine Grundrente für alle Bürger einzuführen. Am 3. Mai 1984 hat die Abgeordnete der Grünen, Frau Potthast, deutlich gemacht, wie diese Grundrente finanziert werden soll: "Eine Grundrente für jede Bürgerin und jeden Bürger in Höhe von DM 1.200,00 nach heutigem Preisniveau. ...diese Grundrente gehört steuerfinanziert, wobei wir zur nötigen Erhöhung der Steuereinnahmen ein ganzes Bündel von Vorschlägen machen werden, zu dem unter anderem eine Wertschöpfungssteuer, die Streichung des Ehegattensplitting usw. gehören werden. Die Grundrente ist finanzierbar ... gewiß jedoch nicht ohne eine Umverteilung von oben nach unten."

Daß derartige einschneidende Maßnahmen selbstverständlich nicht ohne eine fundamentale Änderung unserer Wirtschaftsordnung funktionieren können, hat der Abgeordnete Kleiner unmißverständlich betont. So ist im Plenarprotokoll 10/5 auf Seite 169 folgendes zu lesen: "Da wir angesichts dieser Tatsachen keine Flickschusterei betreiben, stellen wir diesem Wirtschaftssystem unsere Alternative einer ökologischen Wirtschaftsweise entgegen. Diese Alternative ist die Grundlage für unsere Vorschläge zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau." Und der Abgeordnete Kleinert bleibt auch nicht die Antwort darauf schuldig, wie diese Mehreinnahmen in einem alternativen Wirtschaftssystem finanziert werden sollen: "Wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird nur durch drastische Arbeitszeitverkürzungen möglich sein, durch Arbeitszeitverkürzungen mit dem eindeutigen Schwerpunkt bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Die Arbeitszeitverkürzung muß mit einer weitgehenden Demokratisierung der Wirtschaft verbunden werden."

Wie durch derartige Maßnahmen trotz Umverteilung in der Summe ein höheres Steueraufkommen erzielt werden soll, darauf bleibt der Abgeordnete Kleinert jedoch jede Antwort schuldig. Vielmehr formulierte am 8. Dezember 1983 der grüne Abgeordnete Eckhard

Stratmann im Deutschen Bundestag, wie eine effektive Schrumpfung des Bruttosozialprodukts erreicht werden kann: "Unsere Wirtschafts- und Haushaltspolitik orientiert sich an folgenden Leitgrößen - in der Folge will ich mich insbesondere mit der SPD auseinandersetzen -: Ökologisches Gleichgewicht, sinnvolle Arbeit für alle und soziale Sicherheit. Wir wollen dies auf drei Wegen erreichen:

1. Was wir brauchen ist eine wachstumsunabhängige Wirtschaftspolitik.
2. bedarf es einer Umkehrung der Exportorientierung der Wirtschaft zu einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Orientierung.
3. Eine Politik für eine ökologische und soziale Produktion ist der beste Ansatzpunkt zur Haushaltskonsolidierung."

Daß der Binnenmarkt allerdings heute bereits schon mehr als gesättigt ist, dies scheint Herr Stratmann vergessen zu haben, und man muß sich in der Tat fragen, was diejenigen sechs bis acht Millionen Arbeitnehmer dann tun sollen, deren Arbeitsplatz heute direkt oder indirekt vom Export abhängig ist.

Angstmache und Aufruf zur Gewalt

Daß seitens der Grünen im Deutschen Bundestag nicht nur wirtschaftspolitische Utopia formuliert, sondern auch ganz massive Angstmache betrieben wird, beweist die Aussage des Abgeordneten Dr. Ehmke am 20. Mai 1983: "Wenn jetzt nicht bedeutend mehr geschieht, als das wenige, das die Bundesregierung vorhat, wenn die Wälder weiter sterben, wenn die Bronchitis- und Krebswelle weiter zunehmen und die Verantwortlichen immer noch nicht das Erforderliche unternehmen, gibt es keine Entschuldigung mehr." Daß im Bundestag auch weiterhin knallhart zur Gewaltanwendung aufgerufen wird, zeigt nichts deutlicher, als die Rede von Petra Kelly in der Nachrüstungsdebatte am 22. November 1983: "Wenn wir mit unserem gewaltfreien Widerstand und mit unserem zivilen Ungehorsam Gesetzesregelungen und Gesetze überschreiten, dann ist es deswegen, weil wir mit einem höheren Gesetz, dem Gesetz des Gewissens rechnen, und weil wir auch wissen, daß eine Macht des

Staates nicht absolut ist." Verallgemeinernd bedeutet dieser Satz nichts anderes, als daß die individuelle Gewaltanwendung eines einzelnen Menschen letztlich nicht durch Recht und Gesetz begrenzt ist, sondern ausschließlich durch seine persönliche Einschätzung, d.h. durch die Einschätzung seines wie auch immer definierbaren Gewissens. Damit wird jedoch absoluter Willkür und Gesetzesbruch Tür und Tor geöffnet.

Feminismus á la Marx

Neben diesen Kuriositäten haben die Grünen jedoch auch mit Aussagen zu dem Themenkreisen Frauen, Familie und Feminismus von sich Reden gemacht. Einen skurrilen Feminismus mit marxistischer Lesart hat Frau Schoppe beispielsweise am 12. April 1984 im Deutschen Bundestag von sich gegeben: "Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist ein Leitbild der Frau unbedingt notwendig. Es ist das Bild und die Realität der produzierenden Frau, die keinen Lohn erhält. Ohne die kostenlose Frauenarbeit im Haus und in der Familie wäre die kapitalistische Produktion überhaupt nicht möglich. Die Frau verrichtet ihre Dienstleistungen scheinbar für den Mann und für die Kinder. Sie produziert Reproduktionsmöglichkeiten für den Mann, der erst durch die Freisetzung von der Reproduktionsarbeit fähig ist, der Ausbeutung im Produktionsprozeß gewachsen zu sein. So verbirgt sich hinter dem Ehemann das Kapital, und die Frau wird ausgebeutet, um dies zu stützen." Und weiter führte Frau Schoppe aus: "Die kapitalistische Gesellschaft hat die Familie zur Kleinfamilie gemacht und die Frau dem Manne untergeordnet. Sie hat die Erfindungskraft der Frau kastriert. Unter dem Deckmantel von geforderter Mütterlichkeit hat sie den Frauen ihre Möglichkeiten von sexueller, psychischer und emotionaler Autonomie geraubt."

Hinter diesen Aussagen versteckt sich nicht ein Ansatz konstruktiver Kritik, der das System der Bundesrepublik Deutschland verbessern möchte, sondern hinter diesen Aussagen steht der Anspruch

nach radikaler politischer Veränderung, sprich Systemveränderung. Hier muß jedoch weiter nachgefragt werden, wie ernsthaft man die Forderungen der Grünen nehmen kann, da sie doch selbst an ihren eigenen hochgesteckten Erwartungen und Ansprüchen nach Ablauf von nur wenigen Jahren selbst gänzlich gescheitert sind. In diesem Zusammenhang soll nur an die harte Kritik von Petra Kelly an ihrer eigenen Partei erinnert werden. Bedenklich ist die Raffinesse mit der mit den Gefühlen und Wünschen tausender junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland gespielt wird, deren Hoffnungen und Erwartungen für die egoistischen Ziele einer Partei ausgenutzt werden.

Zieht man ein vorläufiges Fazit aus diesen Ausführungen, so kann man feststellen, daß die Grünen zentrale Kriterien der Wählbarkeit, die an demokratische politische Parteien gestellt werden müssen, nicht erfüllen. Da dennoch nicht übersehen werden kann, daß eine beachtliche Minderheit der wahlberechtigten Deutschen dieser Partei ihr Vertrauen bzw. ihre Stimme schenken, ist es umso mehr erforderlich, die Grünen an ihrem Anspruch zu messen. Daß zwischen diesem Anspruch und der Wirklichkeit eine große Kluft besteht, ist bereits deutlich geworden.

Festzustellen, wie groß diese Diskrepanz im einzelnen ist, ist das Verdienst der vorliegenden Arbeit von Frau Schröder, die diese Unterschiede mit wissenschaftlicher Akribie analysiert hat. Ihre Untersuchung liefert einen bedeutenden Beitrag zur Anatomie der Grünen und sie stellt gleichzeitig einen kritischen Test der Politikfähigkeit der Grünen dar.

Dr. Siegfried Balleis